

INTERVIEW

19. März 2025

Verarbeitendes Gewerbe: Warum klimapolitische Prognosen an der Realität scheitern

Interview mit Sabine Stillger, EPoS Economic Research Center

Bonn, Mannheim, 19.03.2025 – Um die Auswirkungen von CO2-Steuern, Klimazöllen und anderer politischer Maßnahmen in der Industrie vorherzusagen, setzen Forscher und Entscheider wissenschaftliche Modelle ein, die eine Reihe von Umwelt- und Wirtschaftsfaktoren berücksichtigen. Bislang fehlen allerdings zwei entscheidende Variablen in den Standardmodellen, was die Genauigkeit der Prognosen erheblich beeinträchtigt. Dies sind Ergebnisse einer Forschungsarbeit von Sabine Stillger vom EPoS Economic Research Center an den Universitäten Bonn und Mannheim. Die empirische und theoretische Untersuchung wird in dem Diskussionspapier „The Role of Firm Heterogeneity and Intermediate Inputs in Carbon Leakage“ veröffentlicht.

Frau Stillger, welche beiden Elemente sollten in die üblichen Handelsmodelle integriert werden?

Sabine Stillger: In der Realität unterscheiden sich Unternehmen in vielfacher Hinsicht, beispielsweise mit Blick auf die eingesetzten Ressourcen. In meiner Untersuchung zeige ich, dass Unterschiede, also „Heterogenität“, hinsichtlich Emissions- und Import-Intensität entscheidend sind, um die Wirkung klimapolitischer Instrumente im verarbeitenden Gewerbe zu quantifizieren. Standardmodelle lassen diese beiden Aspekte unberücksichtigt.

Was sind die Folgen?

Sabine Stillger: Als Folge wird in den Prognosen für eine CO2-Steuer die Emissionsminderung unterschätzt, während die sozialen Kosten überschätzt werden. Berücksichtigt man jedoch die genannte Heterogenität, so würde eine simulierte Anhebung der Steuer zu einer größeren Absenkung der Emissionen im deutschen verarbeitenden Gewerbe führen. Außerdem würden die größten Verschmutzer der Branche schrumpfen.

Ein weiterer Aspekt ist wichtig: Ohne Zölle an den Außengrenzen würden Unternehmen

INTERVIEW

ihre Emissionen in Regionen mit weniger strengen Klimavorschriften verlagern. Auf Basis meines Modells liegt die Verlagerungsrate bei 25 Prozent. In diesem Fall sind Zölle auf importierte Emissionen ein gutes Instrument. Das gilt jedoch nicht in jedem Fall: Wenn importierte Zwischenprodukte hinreichend „schmutzig“ sind, können sie die Verlagerung ins Ausland nicht wirksam verringern, denn CO2-intensive inländische Unternehmen würden davon profitieren. Zölle würden außerdem importintensive Unternehmen stark belasten, so dass die Politik eventuell weitere Anpassungen in Betracht ziehen muss.

Sie erwähnen einen CO2-Zoll auf Importe. In der EU befindet sich das entsprechende Instrument, das CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM), derzeit in einer Übergangsphase. Worum handelt es sich dabei und was sollte Ihrer Meinung nach in dieser Hinsicht getan werden?

Sabine Stillger: Der Carbon Border Adjustment Mechanism der EU wird 2026 in Kraft treten. Unternehmen, die emissionsintensive Waren importieren, müssen dann einen CO2-Zoll zahlen, der sich nach dem Ausstoß ihrer ausländischen Lieferanten richtet. Die politischen Entscheider sollten die ökonomischen Folgen eines pauschalen Klimazolls auf alle Importe sorgfältig abwägen, wie meine Forschungsergebnisse nahelegen. Möglicherweise sind zusätzliche Instrumente erforderlich, um Emissionsreduzierungen effektiv zu erreichen und die Kosten für die Verbraucher zu reduzieren. So könnte es beispielsweise angemessen sein, importintensive Unternehmen zu entlasten, deren heimische Produktion nur wenig CO2 verursacht, die aber aufgrund der von ihnen eingeführten Emissionen hohe CO2-Zölle zahlen müssen. Der Klimazoll würde in diesem Fall ihre dank der Globalisierung erzielten Gewinne schmälern. Die Unternehmen würden an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und weniger Produkte sowohl im Inland als auch im Ausland verkaufen.

Welche weiteren Empfehlungen an die Politik ergeben sich aus Ihrer Forschung?

Sabine Stillger: Meine Ergebnisse zeigen, dass der Rückgang von Emissionen und Wohlfahrtseffekte genauer prognostiziert werden können, wenn Unterschiede hinsichtlich der Emissions- und Import-Intensität von Unternehmen bei der Gestaltung klimapolitischer Maßnahmen berücksichtigt werden. Prognosen sind insbesondere für die Bewertung einer möglichen Ausweitung des CBAM auf andere Branchen wichtig und sollten entsprechend angepasst werden.

Das vorgestellte Diskussionspapier ist eine Publikation des Sonderforschungsbereichs (SFB) Transregio 224 EPoS. Die vollständige Studie finden Sie hier: <https://www.crctr224.de/research/discussion-papers/archive/dp670>

Eine Liste aller Diskussionspapiere des SFB finden Sie hier: <https://www.crctr224.de/research/discussion-papers>.

INTERVIEW

Die Autorin

Sabine Stillger, Doktorandin, Abteilung Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und Mitglied des EPoS Economic Research Center

Der Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS

Der 2018 eingerichtete [Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS](#), eine Kooperation der Universität Bonn und der Universität Mannheim, ist eine langfristig angelegte Forschungseinrichtung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. EPoS befasst sich mit drei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie kann Chancengleichheit gefördert werden? Wie können Märkte angesichts der Internationalisierung und Digitalisierung der Wirtschaftstätigkeit reguliert werden? Und wie kann die Stabilität des Finanzsystems gesichert werden?

Pressekontakt

econNEWSnetwork

Sonja Heer

Tel. + 49 (0) 40 82244284

Sonja.Heer@econ-news.de

Kontakt

Sabine Stillger

Abteilung Volkswirtschaftslehre

Universität Mannheim

Sabine.stillger@uni-mannheim.de

CRC TR 224 Büro, Marja Eisheuer

Telefon | +49 228 73 7926

E-Mail | crctr224@uni-bonn.de

www.crctr224.de